

Rathaus-Journal

Bonn – Dezember 2023

BONN-ZENTRUM

Liebe Bonnerinnen und Bonner,



wenn Sie dieses Rathausjournal erreicht, sind es nur noch wenige Tage bis Weihnachten. Schon jetzt, wo ich dieses Grußwort schreibe, lockt der Bonner Weihnachtsmarkt, die Auslagen in den Geschäften sind weihnachtlich dekoriert und eine gewisse Vorweihnachtsstimmung liegt in der Luft.

Politisch liegen die ersten zwei öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen unseres **CDU-Programmprozesses „Bonn 2030“** und die Klausurtagung der CDU-Stadtratsfraktion gerade ganz frisch hinter uns, die letzte Ratssitzung des Jahres steht uns noch bevor.

Im letzten Stadtrat hat unsere CDU-Initiative für eine zukünftige **„ÖPNV-Finanzierung“** mittels einer überparteilich getragenen Resolution eine Mehrheit gefunden und die einkehrende Weihnachtstimmung lässt mich hoffen, dass dies vielleicht auch in Sachen unseres Antrages zu einem gesamtstädtischen „Park- & Ride-Konzept“ möglich erscheint. Als CDU setzen wir auf Anreize und Verbesserungen des ÖPNV und eben nicht nur auf Straßensperrungen, massive Parkraumwegnahmen und Verteuerungen. Im Rahmen eines öffentlichen „Verkehrsforums“ haben wir uns mit Experten diesem sowie weiteren Themen aus dem Bereich der „Mobilität

der Zukunft“ aus unterschiedlichen Perspektiven gewidmet.

Ebenso stimmt uns froh, dass unsere Initiative eines **Obstbaumförderprogramms** in Bonn umgesetzt und derart erfolgreich abgelaufen ist oder dass unsere in den Haushaltsberatungen von der politischen Mehrheit noch abgelehnte Unterstützung des Gustav-Heinemann-Hauses zur Aufrechterhaltung von Schwimmmöglichkeiten für körperbehinderte Menschen nun ebenso umgesetzt wird.

Wäre da nicht die noch nicht abschließend geklärte Frage, wie im Bereich von **OGS- und KiTa-Betreuung** weitere Einschränkungen vermeidbar und ein Aufhängen der Finanzierungslücke erfolgen soll, könnte ich von einem sehr friedlichen Jahresausklang berichten. Unsere konkreten Einsparvorschläge zur Kompensation waren politisch nicht gewollt, die um 70 Millionen Euro verbesserte Steuerschätzung wird anderweitig verplant. Der immense politische Druck durch Eltern, Betreuerinnen und Betreuer hat nun aber die Oberbürgermeisterin zumindest eine Vorlage einbringen lassen, die Planungssicherheit bis 31.07.2024 für die OGS-Betreuung gibt. Ein Teilerfolg, der uns veranlasst hat, unsere CDU-Anträge zurückzustellen und im Februar erneut wieder auf die Tagesordnung zu setzen.



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AdobeStock (travelview/kurhan/eliver)

Guido Déus Mdl

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen, ins Gespräch kommen. Unter sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de oder Telefon (02 28) 77 20 44 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen. Aber nun wünsche ich Ihnen zunächst einmal eine besinnliche Adventszeit, ein wunderschönes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben und einen ereignisreichen Jahreswechsel in ein glückliches Neues Jahr 2024.

Ihr Guido Déus Mdl

ÖPNV-Finanzierung
Interfraktionelle Resolution
Seite 2

Prozess „Bonn 2030“
Gelungene Auftaktveranstaltung
Seite 2

Weichen gestellt
Schwimmbad-Sanierung Gustav-Heinemann-Haus
Seite 3

OGS
CDU für auskömmliche Finanzierung
Seite 3

Spende
Ratsfraktion sammelt 9000 Euro
Seite 3



Beethovenhalle: Parken unerwünscht
Verlust von Attraktivität und Wirtschaftlichkeit
Seite 4

Interfraktionelle Resolution zur

ÖPNV-Finanzierung

CDU-Fraktion und Ratskoalition schlagen gemeinsam weitgehend steuersubventionierten ÖPNV vor.

Der ÖPNV muss Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge werden. Das fordert auf Initiative der CDU-Fraktion auch die Mehrheitskoalition aus Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Linken und Volt mit einer gemeinsamen Resolution. Kurzfristig soll eine Task-Force aus Bund, Ländern sowie kommunalen Spitzenverbänden gegründet werden und über eine künftige weitestgehend steuersubventionierte Finanzierung des ÖPNV verhandeln.

Busse und Bahnen sollen durch fair aufgeteilte Sockelbeträge inklusive jährlicher Dynamisierung von Bund, Land und Kommunen gemeinsam getragen werden. Dabei

sollen die Ticketerlöse als Finanzierungsbestandteil stabilisiert und festgeschrieben sowie weitestgehend auf das Angebot des Deutschlandtickets reduziert werden.

Um einen deutlich größeren Beitrag zur Veränderung des persönlichen Mobilitätsverhaltens zu leisten, muss der ÖPNV zuverlässig, taktverdichtet, sicher, sauber, komfortabel und kostengünstig sein – dies fordert massive Investitionen. Das können weder die Fahrgäste noch unsere Gemeindehaushalte alleine stemmen.

Gemeinsames Ziel aller beteiligten Fraktionen im Bonner Stadtrat ist ein attraktives und bezahlbares Angebot, das eine echte Alternative zum Pkw darstellt. Nur so lassen sich die nötigen Angebote, auch Park & Ride, ausbauen und neu schaffen. ■



Jürgen Wehlus

Verkehrspolitischer Sprecher

CDU-Fraktion

„Der ÖPNV muss Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge werden.“



Gelungene Auftaktveranstaltung der CDU

zum Programmprozess „Bonn 2030“

Am 3.11.2023 fand das erste Forum des Prozesses „Bonn 2030“ zum Thema „Mobilität der Zukunft“ im Kameha Grand statt.

Der Abend wurde durch die Moderation von Stefan Unkelbach begleitet und startete mit zwei interessanten Vorträgen von Helmut Wiesner zum Projekt „Seilbahn“

und Dr. André Berbuir über die zukünftigen verkehrlichen Herausforderungen für Bonn/ Rhein-Sieg.

Nach den Vorträgen folgte eine Podiumsdiskussion, an der am Ende auch das Publikum beteiligt wurde. Am Podium nahmen Udo Sieverding, Sebastian Schuster, Oliver Krauß



MdL, Guido Déus MdL, Sabine Baumann-Duvenbeck und Philipp Blömer teil.

Die positive Resonanz und gut besuchte Auftaktveranstaltung zeigt, wie wichtig dieser direkte Austausch ist. Die CDU freut sich, Sie auf weiteren Veranstaltungen aus der Reihe „Bonn 2030“ begrüßen zu dürfen. ■



Sanierung des Schwimmbades im

Gustav-Heinemann-Haus

Erfreuliche Nachricht für Menschen mit Behinderung: Die Weichen für die Sanierung des Schwimmbades im Gustav-Heinemann-Haus sind endlich gestellt. Die Mittel zur Beauftragung eines Fachplaners für Sanierungsmaßnahmen werden nun außerplanmäßig bereitgestellt.

Bereits bei den Haushaltsberatungen im April dieses Jahres hatte die CDU-Fraktion eine Million Euro für die erforderliche Sanierung des Bades beantragt, was damals von der grün-linken Koalition abgelehnt wurde. Die Vorlage der Verwaltung zur Beauftragung eines Fachplaners wurde von der Koalition zunächst



mehrfach vertagt – umso erfreulicher, dass unserem Ansinnen nun doch gefolgt wurde und dieses so wichtige Projekt fortgeführt werden kann! Das Bad ist in Bonn und der Region einzigartig und ein unverzichtbarer Baustein zur inklusiven Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

2020 musste es aufgrund der Corona-Pandemie geschlossen werden und konnte anschließend aufgrund der dann festgestellten gravierenden Mängel nicht mehr geöffnet werden. Nutzer sind in erster Linie Kinder und Jugendliche mit motorischen und komplexen Beeinträchtigungen. ■

Mitglieder der CDU-Ratsfraktion

spenden rund 9 000 Euro

Auch im Jahr 2023 spenden die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion rund 9 000 Euro für die Arbeit von rund fünfzig gemeinnützigen Institutionen in Bonn. Es handelt sich dabei um Gelder, die von Fraktionsmitgliedern gespendet und zur Förderung gemeinnütziger Zwecke eingesetzt werden. Uns ist es sehr wichtig, die ehrenamtliche Arbeit, vor allem für Soziales, Heimatpflege, Sport sowie im Kinder- und Jugendbereich zu fördern und zu unterstützen. Mit diesen Spenden wollen wir einen Beitrag für die hervorragende und breitgefächerte ehrenamtliche Arbeit in unserer Stadt leisten. Die Vorschläge für Spendenempfängerinnen und Spendenempfänger kommen nicht nur von den direkt gewählten Stadtverordneten für ihre Wahlbezirke, sondern auch von Parteimitgliedern für Bereiche, in denen die CDU nicht durch direkt gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vertreten ist. Hierdurch werden die Spenden bestmöglich über das gesamte Bonner Stadtgebiet verteilt. Wir freuen uns, diese Tradition auch in 2023 fortsetzen zu können. ■

Georg Goetz

Sozialpolitischer Sprecher

CDU-Fraktion



Feyza Yildiz

Jugendpolitische Sprecherin

CDU-Fraktion

CDU für auskömmliche Finanzierung von Kita und OGS

Eine verlässliche Betreuung in Kita und OGS ist für die CDU ein Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Um Planungssicherheit für die freien Träger zu gewährleisten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine verlässliche Perspektive zu geben, ist eine auskömmliche Finanzierung die Basis. Die jetzige Finanzierungsgrundlage ist nach wie vor nicht ausreichend. Daher soll aus Sicht der CDU die Stadt Bonn künftig den Trägeranteil in voller Höhe übernehmen, um den Betrieb der Kitas perspektivisch vollumfänglich aufrecht erhalten zu können.

Durch die neue Steuerschätzung eröffnen sich der Stadt neue Handlungsspielräume, die genutzt werden müssen, um in den Bereich Jugend und Bildung zu investieren.

Auch die OGS-Pauschale soll aus CDU-Sicht bezogen auf die Gesamtfinanzierung neben der vereinbarten zweiprozentigen Dynamisierung um weitere 15 Prozent erhöht werden. Nur so sind die gestiegenen Personalkosten und inflationsbedingten Mehrausgaben abzufedern und Einschränkungen in der Betreuung zu vermeiden. Der in Bonn gemeinschaftlich erreichte hohe Standard der OGS ist ein hohes Gut, welches es zu erhalten gilt. ■



Wenig Gäste für die modernisierte Beethovenhalle? „Die Beethovenhalle verliert ein großes Stück Attraktivität und damit auch die Wirtschaftlichkeit, da das Publikum sie kaum erreichen kann.“

Foto: AdobeStock/gamebayfoto

Parken vor der Beethovenhalle nahezu unerwünscht

Zack – da ist er! Der nächste Beschluss der grünen Oberbürgermeisterin und der grün-roten Linkskoalition, der Parkplätze vernichtet. Dieses Mal rund 120 vor der Beethovenhalle. Übrigbleiben sollen exakt 57 Plätze vor der Halle, zwei Parkplätze zur Anlieferung und 16 Parkplätze in der Theaterstraße. Hinzu kommen 200 Fahrrad-Parkplätze.

Es ist ja nicht so, dass vor rund zwei Jahren 200 Parkplätze am Rheinufer, beginnend an der Beethovenhalle bis zum Bundesrechnungshof, ersatzlos weggenommen und die 80 Parkplätze auf dem Stiftsplatz, quasi gegenüber der Halle gelegen, ersatzlos gestrichen wurden. Doch, es ist so. Auf dem Stiftsplatz sowie auf dem Platz vor der Beethovenhalle sollen Parkanlagen entstehen.

Seit November 2016 wird die Beethovenhalle saniert und wird voraussichtlich Ende 2025 für aktuell 222 Millionen Euro fertig-

gestellt werden. Sie ist für die Beethovenstadt Bonn und die klassische Musik das Zentrum des A-Orchesters. Sie ist zudem ein sehr wichtiger kultureller Bestandteil der Attraktivität Bonns. Menschen aus nah

und fern, nationales und internationales Publikum soll die Beethovenhalle nach ihrer Wiedereröffnung anziehen.

Nun verliert sie ein großes Stück Attraktivität und damit auch die Wirtschaftlichkeit, da das Publikum sie kaum erreichen kann. Parkhäuser wie die Stiftsgarage, die Friedensplatzgarage und das Stadthaus werden in Alibi-Funktion auf Nachfrage genannt.

Wer läuft bei Wind und Wetter rund einen Kilometer im Abendkleid?! Sind die Parkhäuser ansonsten nicht genutzt?! Wie werden die wegfallenden Einnahmen des Beethoven-Parkplatzes von geschätzten 500 000 Euro jährlich kompensiert?! Warum muss die neue Parkanlage rund 8,4 Millionen Euro kosten?!

Fragen, die sich jeder stellt – nur nicht diejenigen, die rein ideologisch das Auto und die zielorientierte Mobilität abschaffen wollen. ■



Nicole Bonnie

Vorsitzende der Bezirksfraktion Bonn



Hallenschwimmen in Beuel in Gefahr

„Können Kinder schwimmen, gibt es ihnen Sicherheit und hat einen positiven Einfluss auf die Entwicklung.“

Die Beueler Bütt ist undicht. Aus dem Multifunktionsbecken sickert das chlorhaltige Wasser durch den Beton und den Bewehrungsstahl. Hinzu kommt, dass das Wasser bereits den Keller erreicht hat, in dem sich die Schwimmbadtechnik befindet, die jetzt schon Feuchtigkeitsschäden aufweist. Auch an den Decken im Innenhof und über dem großen Becken lassen sich undichte Stellen feststellen. Dies hat die Verwaltung durch unsere Große Anfrage zugegeben.

Jetzt droht die endgültige Schließung im Sommer 2024. Dann wird ein Gutachter die Schäden und Kosten kalkulieren. Ob das Schwimmbad nach dem Gutachten zur Wintersaison 2024/2025 wieder geöffnet werden kann, ist unklar.

Würde die Bütt wirklich dichtgemacht werden, fehlt im Stadtbezirk die Möglichkeit, für Kinder schwimmen zu lernen und auch das Schulschwimmen kann nicht mehr ermöglicht werden. Dabei ist schwimmen lernen so wichtig, denn die häufigste Unfallursache bei Kindern ist das Ertrinken. Können Kinder schwimmen, gibt es ihnen Sicherheit und hat einen

positiven Einfluss auf die Entwicklung. Ein Antrag zum Thema Schulschwimmen, der eine Kooperation mit anderen Schwimmbädern wie beispielsweise in Königswinter ermöglicht hätte, wurde von der Koalition abgelehnt. Dieses Verhalten ist für uns als CDU-Fraktion vollkommen unverständlich, zumal mehrere Studien belegen, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen, was auch der Corona Pandemie geschuldet ist. Schwimmkurse wurden abgesagt und Schulschwimmen hat ebenfalls nicht mehr stattgefunden. Auch die Vereine hätten erneut keine Halle für den Wassersport. Ein Neubau neben dem Ennertbad wird frühestens Ende der 2020er-Jahre fertig. Für die nächsten Jahre kann kein Hallenbad in Beuel keine Lösung sein.

Wir fordern, bereits jetzt mögliche Lösungen zu prüfen! Dazu gehört auch, eine Alternative bis zum Bau eines Kombibades zu schaffen. Das neue Hallenbad könnte auf der Fläche der heutigen Umkleidekabinen gebaut werden. Bis zur Niederlegung der Bestandsbauten sollte die Verwaltung eine Traglufthalle über dem Schwimmbecken in den kühlen Monaten prüfen und errichten. So könnte in den nächsten Jahren zumindest das Schul- und Vereins-

schwimmen gesichert werden. Ohne eine Interimslösung im Stadtbezirk würde die Fahrzeit derart lang werden, sodass die reine Wasserzeit zum Schwimmenlernen viel zu gering ausfallen würde.

Beuel braucht im Stadtbezirk bis zum Bau des Kombibades eine Hallenlösung für das Schwimmen! ■



Marco Rudolph

Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

Illustration: AdobeStock/SUE



Foto: Giacomo Zucca/Bundesstadt Bonn

Burg und Burgberg:

Godesberger Wahrzeichen in keinem guten Zustand

„Drei Jahre nach der Zustandsbewertung: Es ist wenig bis nichts geschehen.“

Die Godesburg prägt seit über 800 Jahren die Silhouette Bad Godesbergs. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Godesburg gute und schlechte Zeiten gesehen. Sie dient als beliebter Ausflugs- und Veranstaltungsort.

Wer sein Wahrzeichen liebt, der pflegt es – könnte man meinen. Und dass die Godesburg wieder verstärkter Pflege bedarf, ist seit einigen Jahren bekannt. Bereits 2020 wurden Burg und Burgberg einer Zustandsbewertung unterzogen. Anschließend wurden verschiedene Maßnahmen erarbeitet, die zum Teil kurzfristig umgesetzt werden sollten. Es sollte unter anderem ein Raum- und Nutzungskonzept für die gesamte Burganlage ermittelt werden. Die Umsetzung sollte 2021 erfolgen.

Und wie sieht es drei Jahre später aus? Es ist wenig bis nichts geschehen. Auf Anfrage der CDU-Fraktion teilte die Verwaltung nun mit, dass bislang lediglich eine „erste Grobkonzeption“ erstellt wurde. Von einem Konzept ist man noch

weit entfernt. Dabei wird das Raum- und Nutzungskonzept für die weitere Planung der Sanierung dringend benötigt.

Es gilt aus Sicht der CDU zu verhindern, dass die Aufschiebung der Sanierung dazu



Jens Rösens

Vorsitzender der Bezirksfraktion

Bad Godesberg

führt, dass der Betrieb gefährdet wird oder unterbrochen werden muss. Eine Sanierung im laufendem Betrieb wäre wünschenswert. Bis dahin muss eine Bauunterhaltung erfolgen, die einen Weiterbetrieb sicherstellt. Neben der nur noch eingeschränkt nutzbaren Stadthalle darf nicht noch ein Veranstaltungsort in Bad Godesberg wegbrechen.

Auch die Bereiche rund um die Godesburg sind in keinem guten Zustand. Die Sauberkeit der Wege lässt sehr zu wünschen übrig, auch hier gibt es Handlungsbedarf. Die unterjährige Pflege von Burg und Burgberg inklusive der Wege, baulicher Anlagen und des Bewuchses ist eines Wahrzeichens nicht angemessen.

Während die Verwaltung nicht vom Fleck kommt, wurde Mitte 2023 bekannt, dass sich faustdicke Mauersteine vom Turm der Godesburg lösen. Es scheint, als würden die Zeiten für unser Godesberger Wahrzeichen unter der grün-roten Koalition wieder schwerer werden. ■



„Es ist nicht einzusehen, dass das Parken im öffentlichen Raum an vielen Stellen von der Verwaltung nicht mehr geduldet wird.“



Parkverbote verärgern die Bevölkerung

Leider verärgern Parkverbote, selbst an Stellen, wo bislang das Parken problemlos möglich war, zunehmend die Bürgerinnen und Bürger.

Grund dafür ist, dass die Ratskoalition gegen die Stimmen der CDU Eckpunkte für ein gesamtstädtisches Parkraumkonzept beschlossen hat, das bislang zwar nicht weiter konkretisiert worden ist aber trotzdem die Verwaltung offenbar veranlasst, zunehmend Parkverbote auszusprechen.

Das ist ein Zustand, den die CDU Bezirksfraktion Hardtberg nicht akzeptiert. Es ist nicht einzusehen, dass das Parken im öffentlichen Raum an vielen Stellen von der Verwaltung nicht mehr geduldet wird, obwohl es insbesondere in Seitenstraßen überhaupt keine Gefährdungen oder Beeinträchtigungen durch den parkenden Verkehr gibt.

Angesichts dessen, dass immer weniger Parkraum zur Verfügung steht, fordern wir die Verwaltung auf, ihr Ermessen angemessen auszuüben. Deswegen haben wir beantragt, dass das Parken auf Gehwegen



Bert Justus Moll

Vorsitzender der Bezirksfraktion

Hardtberg

und Fahrbahnen weiterhin dort zu gestatten ist, wo ausreichend Raum für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer neben dem parkenden Kfz erhalten bleibt.

Dies gilt auch für das Parken auf der Fahrbahn und dem Gehweg, beim so

genannten „Kippparken“, wenn die Abstandsflächen auf den Fahrbahnen und den Gehwegen beachtet werden. Mögliche Parkflächen, bei denen für die/den Verkehrsteilnehmer/in nicht eindeutig erkennbar ist, ob das Parken zulässig ist, werden mit entsprechenden Markierungen gekennzeichnet.

Bei der Entscheidung über ein Parkverbot ist zur Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall zu bewerten, ob durch das Parken eine Behinderung oder Gefährdung des ruhenden und/oder fließenden Verkehrs konkret eintritt.

Aufgrund der über Jahrzehnte von der Verwaltung geduldeten Parksituation auf Gehwegen und Fahrbahnen legt die Verwaltung ein Konzept mit Plan vor dem Erlass von Parkverbotsverfügungen in einzelnen Straßenzügen des Stadtbezirks Hardtberg der Bezirksvertretung Hardtberg zur Prüfung und zum Beschluss vor.

Die von möglichen Parkverboten unmittelbar betroffenen Anwohner/innen werden vor dem Erlass von Parkverboten in ihrer Straße informiert. ■